

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Für einen Bruch der Gewerkschaften mit der SPD

Ein „Linksbündnis“ muss inhaltliche Fortschritte für Beschäftigte bringen:

- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich**
- **Schluss mit Privatisierungen, Rückverstaatlichung der in den letzten Jahren privatisierten Bereiche**
- **Rücknahme aller Angriffe auf den Flächentarifvertrag und der Verschlechterungen des TVöD**

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di fordert die ver.di-Spitze auf, die Politik der Unterstützung für die rot-grüne Regierung endlich zu bilanzieren – und klar damit zu brechen.

Alle Versuche, die SPD – oder die Grünen – im Wahlkampf als „kleineres Übel“ darzustellen, müssen unterbleiben. Dabei geht es nicht nur um Wahlkampfstrategie sondern darum, dass endlich anerkannt werden muss: Die SPD steht für eine neoliberale Politik; sie hat mit ihrer Vergangenheit als Arbeiterpartei so gründlich gebrochen, dass sie als politischer Gegner angesehen werden muss.

Gegen den Willen der Gewerkschaftsbasis weigerten sich die DGB-Spitzen, den Druck gegenüber Schröder und Co zu erhöhen: Am 1. November 2003 waren über 100.000 in Berlin auf der Straße – gegen den Willen der Gewerkschaftsspitzen, ohne Aufruf von ihnen. 3. April 2004: Über eine halbe Million demonstriert gegen Rot-Grün – Sommer redet vom Protest – um keinerlei weitere Schritte folgen zu lassen. Herbst 2004: Die Anti-Hartz-Bewegung wird nicht aufgegriffen, die hauptsächlich Erwerbslosen werden alleine gelassen, die Bewegung geht wieder zurück; in Berlin protestierten KollegInnen, unterstützt vom Netzwerk: „Immer wieder Montags – wo ist der DGB?“

Die Hoffnung, dafür Zugeständnisse zu erhalten, wurde ein ums andere Mal betrogen.

Die neoliberalen Angriffe der Regierung flankierten die Attacken der Arbeitgeber in den Betrieben. Die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Kommunen durchlöchernten den Flächentarifvertrag, mit Privatisierungen, Ausgliederungen, Spartentarifverträgen, Und das in einer großen Koalition von CDU/CSU über die FDP bis hin zu SPD und Grünen. Auch die PDS war dabei in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nicht Gegner sondern Mit-Antreiber von Privatisierungen (z.B. Wasserbetriebe Berlin, Krankenhaus-Umwandlung in eine GmbH/Vivantes Berlin), Tariffucht (Berlin) und Arbeitsplatzvernichtung (z.B. BVG Berlin, 10.000 Stellen bei den Landesbeschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern sollen jetzt vernichtet werden).

Neue Linkspartei

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di begrüßt grundsätzlich, wenn sich die Kräfte im Widerstand gegen Kahlschlag und Kürzungen zusammenschließen. Diese Hoffnung verbinden viele mit dem Bündnis von WASG und PDS. Doch verschiedene Äußerungen, zum Beispiel von Lafontaine gegenüber Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, vor allem aber die Haltung der PDS in den Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern führen uns zu der Schlussfolgerung: Taten sind wichtiger als Worte!

Die WASG konnte bislang beeindruckende 2,2 Prozent (über 180.000 Stimmen) bei der Landtagswahl in NRW erzielen – bevor sie im Zuge der Medienberichterstattung nach dieser Wahl enorme Publicity erhielt. In sie setzen viele KollegInnen die Hoffnung, prinzipienfest für ihre Interessen einzustehen.

Die Pläne einer Kandidatur der WASG auf den Listen der PDS stellt aber die Frage in aller Schärfe: Wie positioniert sich dieses Bündnis gegenüber Kahlschlag und Kürzungen? So, wie es die WASG verspricht – oder so, wie die PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern agiert?

Eine neue Partei für Beschäftigte und Erwerbslose hätte unserer Meinung nach ein enormes Potential und kann auch auf unsere Unterstützung zählen, allerdings nur

- wenn sie sich konsequent gegen jede Form von Kürzungen zulasten der Masse der Bevölkerung stellt und Privatisierungen generell ablehnt.
- wenn sie in keiner Form (keine Koalition, keine Tolerierung) Regierungen mit Sozialkahlenschlagsparteien unterstützt.

Angesichts der Tatsache, dass dieses Bündnis (die Kandidatur der WASG auf den Listen einer umbenannten PDS) noch nicht fertig „gezimmert“ ist, schlagen wir vor, diese inhaltlichen Punkte in den Vordergrund zu stellen und an der Praxis der beteiligten Parteien zu messen. Ziel muss eine glaubwürdige Alternative zum Einheitsbrei der etablierten Kürzungsparteien sein.

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di sieht den positiven Aspekt, dass eine Linkspartei die Chance hat, drittgrößte Partei zu werden. Es hat sich auch jetzt schon abgezeichnet, dass die Medienpräsenz sich wieder darauf konzentriert, mehr arbeitnehmerfreundliche Berichte zu bringen und sich in den Talkshows die Besetzung verschiebt.

Der Druck auf die etablierten Parteien steigt – und selbst Wirtschaftsminister Clement faselt von Lohnerhöhungen.

Damit diese Ansätze nicht verpuffen, fordert das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di alle AktivistInnen auf, sich in den politischen Prozess der Umformierung auf der Linken einzuschalten und für klare inhaltliche Punkte einzutreten.

Für diese Forderungen stehen die KollegInnen des Netzwerkes

- Für den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Dienstes zur Sicherstellung gesellschaftlicher Aufgaben
- Gegen Stellenabbau und Lohnkürzungen; keinerlei Kürzungen auf dem Rücken der Masse der Bevölkerung – die Superreichen und Konzerne sollen zahlen
- Schluss mit Privatisierung; stattdessen Rückverstaatlichung der in den letzten Jahren privatisierten Bereiche
- Rücknahme aller Angriffe auf den Flächentarifvertrag und der Verschlechterungen des TVöD
- Für 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich; für den massiven Abbau von Überstunden
- Tarifliche Rente ab 58 Jahre auf freiwilliger Basis und bei voller Rente ohne Lohn- und Gehaltskürzungen
- Aufhebung der Hartz Gesetze und sofortige Abschaffung der 1 Euro Jobs zugunsten regulärer Beschäftigungsverhältnisse
- für einen Mindestlohn von brutto 2.000 Euro im Monat für Vollzeitbeschäftigte bzw. brutto 12 Euro pro Arbeitsstunde
- Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit für das gesamte Bundesgebiet
- Europaweiter gemeinsamer Kampf gegen das Europa der Konzerne
- Gegen jede Form von rassistischer und sexistischer Diskriminierung
- Solidarität und Unterstützung für alle kämpfenden ArbeitnehmerInnen in Deutschland, Europa und international.